

## **Petition wider das Sofortsparmaßnahmenpaket der bayerischen Staatsregierung im Wissenschaftsetat**

Die Studierenden der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität zu Würzburg fordern die Revision des Beschlusses der bayerischen Staatsregierung vom 28.09.2010 bezüglich der „Sofortsparmaßnahmen zur Reduzierung der Staatsausgaben“ und damit die Einhaltung der zugesagten Leistungen des „Innovationsbündnisses Hochschule 2013“ seitens des Freistaats Bayern.

Durch die geplanten Einsparungen in Millionenhöhe bis zum Ende des Jahres 2010 und in Milliardenhöhe im Jahr 2011 wird die Universität Würzburg – wie auch andere bayerische Hochschulen – einen finanziellen Aderlass erfahren, der den universitären Betrieb in Forschung und Lehre immens einschränken oder gar zum Erliegen bringen wird.

Es wurden seitens der bayerischen Staatsregierung Zusagen getroffen, welche nun schlichtweg revidiert werden. Die zugesprochene und nun wegfallende Unterstützung der bayerischen Universitäten und Hochschulen in Hinsicht auf den doppelten Abiturjahrgang 2011 führt durch das Wegfallen zu Engpässen, die sich sowohl im Aussetzen von Bauvorhaben als auch im Wegfallen von Dozierenden widerspiegeln und widerspiegeln werden. Die durch die Mehrbelastung der Betreuung der modularisierten Studiengänge finanziell und personell strapazierten Universitäten und Hochschulen können die fehlende Liquidität und Personalkraft keinesfalls ausgleichen. Die folgenden Kürzungen in Forschung und Lehre werden sowohl die Arbeit der Dozierenden und anderen Angestellten der Universitäten und Hochschulen als auch das Studium der angehenden Akademiker und Akademikerinnen behindern und einschränken.

Die Vertretungen der Studierenden der Bayerischen Julius-Maximilians Universität zu Würzburg sind nicht gewillt den Beschluss des bayerischen Kabinetts zu akzeptieren, der die Universitäten und Hochschulen dauerhaft schädigen wird. Wir handeln aus unserer Verantwortung gegenüber unseren Kommilitonen und Kommilitoninnen, unserer Alma Julia, des Freistaats Bayern und der Bundesrepublik Deutschland.

Wie die Universität Bayern und die Hochschule Bayern bereits in einem offenen Brief formulierten, glauben auch wir, dass es nicht im Interesse des Freistaats sein kann, dass die Ausbildung von leistungs- und hoffnungstragenden Akademikern und Akademikerinnen nicht mehr gewährleistet werden kann.

Fachschaftenrat

der Universität Würzburg

Studentischer Konvent

der Universität Würzburg